

---

Andre Gorz

---

## Des zentralen Konfliktes alte und neue Akteure\*

---

Andre Gorz, geboren 1924 in Wien, lebt seit 1947 als Schriftsteller  
und Philosoph in Frankreich.

I.

Hat der Kapitalismus gesiegt? Ist der Sozialismus schließlich tot? Die Antwort wird davon abhängen, wie man den zentralen Konflikt begreift, aus dem

---

\* Die ursprüngliche Fassung des Beitrags ist in dem von Helga Grebing u. a. herausgegebenen Sammelband *Sozialismus in Europa, Festschrift für Willy Brandt*, Klartext-Verlag, Essen 1989, erschienen. Eine ausführliche Darstellung findet sich in: Andre Gorz, *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Rotbuch Verlag, Berlin 1989.

der Sozialismus als Entwurf und als Bewegung geboren wurde. Ging es allein um den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, Arbeiterklasse und Bourgeoisie? Oder hatte der Klassenkampf aus heutiger Sicht bereits in seinen früheren Formen tiefer liegende Bedeutungen, die in der Vielförmigkeit der heutigen sozialen Bewegungen weiter zum Ausdruck kommen und die Aufhebung des kapitalistischen Gesellschaftssystems verlangen?

Ich schreibe absichtlich „Aufhebung“ und nicht „Abschaffung“. Denn im zentralen Konflikt zwischen der sozialistischen Bewegung und der Bourgeoisie ging es auch vor 140 Jahren nicht darum, die vom Kapitalismus eingeführte ökonomische Rationalität zum Beispiel durch Maschinenstürmerei außer Kraft zu setzen. Es ging vielmehr darum, ökonomisch rationales Handeln in den Dienst der „Befreiung von Not und äußeren Zwecken“ zu stellen, was die Beseitigung aller Formen von Unterdrückung voraussetzt.

Als ökonomisch rational war und ist ein Handeln zu verstehen, das auf die größtmögliche Leistung, den größtmöglichen Ertrag der eingesetzten Produktivkräfte abzielt. Ein derartiges Handeln ist ökonomisch rational *an sich*, wie immer das Wirtschaftssystem beziehungsweise die Eigentumsverhältnisse sein mögen. Der Kapitalismus zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß er alle gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen, ethischen Einschränkungen zu beseitigen sucht, welche die ökonomische Rationalität daran hindern, voll zum Ausdruck zu kommen. Dieser Vorgang braucht eine freie Marktwirtschaft, um sich durchzusetzen. Denn allein unerbittlicher Konkurrenzkampf auf freiem Markt kann sowohl Arbeiter wie Unternehmer zur Leistungsmaximierung zwingen. Ohne die unerbittliche Unmenschlichkeit der Marktgesetze könnte es keinem staatlichen Herrschaftsapparat gelingen, entgegen allen Widerständen die Gesellschaft in den Dienst der Kapitalakkumulation zu stellen.

## II.

Die sozialistische Arbeiterbewegung entstand als positive Negation der kapitalistischen Entwicklung. Dem Prinzip der Leistungsmaximierung setzte sie das Prinzip der notwendigen Selbstbegrenzung der von den Arbeitern geleisteten Arbeitsmenge entgegen; und dem Prinzip des Konkurrenzkampfes zwischen vereinzelt Individuen das Prinzip der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung, ohne die eine Selbstbegrenzung praktisch unmöglich wäre. Die sozialistische Arbeiterbewegung zielte also darauf ab, der ökonomischen Rationalität Grenzen zu setzen und sie letzten Endes in den Dienst einer humanen Gesellschaft zu stellen.

Der zentrale Konflikt, aus dem heraus sich die sozialistische Bewegung entwickelt hat, betrifft also die Ausdehnung beziehungsweise Beschränkung der Bereiche, auf denen sich die ökonomische Rationalität ungehindert in Markt- und Warenbeziehungen entfalten darf. Der kapitalistischen Gesellschaft, in der die von ökonomischer Rationalität geprägten und der Kapitalverwertung förderlichen Beziehungen in den Wertvorstellungen, im Alltag und in der Politik überwiegen, stellt die sozialistische Bewegung das Streben nach einer

Gesellschaft gegenüber, in der die ökonomische Rationalität der Leistungs- und Profitmaximierung derartig in gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen eingebunden wird, daß sie nicht quantifizierbaren Werten und Zielen untergeordnet bleibt und ökonomisch rationale Arbeit im gesellschaftlichen wie auch im individuellen Leben nicht mehr die Hauptrolle spielt.

Wird Sozialismus als *Aufhebung* der ökonomischen Rationalität begriffen, setzt das voraus, daß letztere bereits voll zum Ausdruck gelangt war. Wo sie sich noch aufgrund der Entwicklung von Markt- und Warenbeziehungen noch nicht durchgesetzt hat, kann kein „Sozialismus“ sie in den Dienst eines sie aufhebenden Gesellschaftsentwurfs stellen. Wo sich „Sozialismus“ als geplante Entwicklung noch nicht existierender Wirtschaftsstrukturen begreift, verkehrt er sich notgedrungen in sein Gegenteil: Er baut eine Gesellschaft um, damit sie im Dienst der ökonomischen Entwicklung (der Kapitalakkumulation) stehe. Eine solche Gesellschaft kann sich der ökonomischen Rationalität gegenüber nicht selbständig behaupten. Sie ist durch und durch „verökonomisiert“.

### III.

Der zentrale, die Ausdehnung beziehungsweise die Grenzen der ökonomischen Rationalität betreffende Konflikt, hat nichts von seiner Schärfe und historischen Bedeutung verloren. Faßt man Sozialismus als eine Gesellschaftsform auf, in der die sich aus der ökonomischen Rationalität ergebenden Sachzwänge gesellschaftlich-kulturellen Zielen untergeordnet sind, bleibt die Aktualität des Sozialismus größer denn je. Die konkreten historischen Inhalte sowie die Akteure des zentralen Konflikts haben sich allerdings geändert. Der früher kulturell und politisch auf der Ebene der betrieblichen Arbeitskämpfe ausgetragene zentrale Konflikt hat sich allmählich auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt. Der Gegensatz zwischen lebendiger Arbeit und Kapital ist von andersartigen Gegensätzen überlagert und durch sie relativiert. Das Streben nach Emanzipation, nach Selbstgestaltung des eigenen Lebens und freier Selbstentfaltung der Individualität kann sich ohne gewerkschaftliche Kämpfe für eine Neugestaltung der Arbeit und der Arbeitsbedingungen nicht behaupten, verlangt aber auch Aktionen auf anderen Ebenen und an Fronten, die ebenso wichtig und mitunter sogar wichtiger sein können. Die Frage nach dem „Subjekt“, das den zentralen Konflikt austragen und die sozialistischen Transformationen praktisch durchführen soll, kann folglich nicht mittels herkömmlicher Klassenanalysen gelöst werden.

### IV.

Gemäß der marxistischen Klassenanalyse ist die Arbeiterklasse dazu bestimmt, treibende Kraft und Trägerin gesellschaftlicher Veränderung zu sein. Sie muß im Produktionsprozeß eine Gesamtheit von Produktivkräften beherrschen können, was in jedem/r Arbeitenden eine Gesamtheit von menschlichen Fähigkeiten entwickeln würde. Das allseitig entwickelte Indivi-

duum würde sich folglich zum Subjekt dessen machen können, was es bereits ist, das heißt sich jeglicher Fremdbestimmung widersetzen, die Herrschaft über den Produktionsprozeß übernehmen wollen und die „freie Entfaltung der Individualität“ inner- und außerhalb der produktiven Zusammenarbeit anstreben.

Die tatsächliche Entwicklung hat diese Voraussagen leider nicht bestätigt. Obwohl in Teilen der Industrie ein „ganzheitlicher Aufgabenzuschnitt“ möglich oder sogar notwendig wird,<sup>1</sup> kann selbst bei den neuen, vielseitigen Produktionsfacharbeitern von einer sämtliche Produktivkräfte beherrschenden Gesamtheit von Fähigkeiten nicht die Rede sein. Auch die ganzheitlich zugeschnittene Aufgabe betrifft stets nur die Fertigung von Teilen eines Endprodukts (zum Beispiel Kurbelwellen, Zylinderköpfe, Schaltkästen) oder dessen Montage und Kontrolle. Infolge seiner immer größeren Komplexität verlangt der gesamtgesellschaftliche Produktionsprozeß auf allen Gebieten eine funktionale Spezialisierung der Aufgaben (Max Weber nannte das „Fachmenschentum“) und Spezialisierung steht immer quer zur freien, allseitigen Entfaltung individueller Fähigkeiten, selbst wenn sie Initiative, Verantwortung und persönliche Einbringung in die Arbeit verlangt. Ein EDV-Fachmann, ein Instandhaltungsspezialist, ein Chemiarbeiter oder Postbeamter kann sich in seiner Arbeit nicht als schöpferischer, mit Hand und Kopf die sinnlich erfahrbare Welt stofflich gestaltender Mensch erfahren und entfalten. Das kann ihm nur außerhalb seiner Facharbeit gelingen.

Spezialisierung, gesamtgesellschaftliche, überbetriebliche Arbeitsteilung, macht den Produktionsprozeß unübersichtlich. Die die Beschaffenheit, die Bestimmung, den Gebrauchswert, die gesellschaftliche Nützlichkeit der Endprodukte betreffenden Entscheidungen können von den Werkträgern *innerhalb* ihrer Arbeit kaum beeinflußt werden. Ein Prozeßarbeiter „unterscheidet sich in nichts von dem Beamten einer Behörde, der auch nur für Teilabläufe verantwortlich ist und für die exakte Erledigung von Aufgaben, die ihm vorgegeben sind“. Er „leistet einen Beitrag für die Funktionsfähigkeit von Bereichen, die er in der Regel überhaupt nicht kennt.“<sup>2</sup>

Der von Hegel entwickelte und dann von Marx übernommene Begriff von Arbeit als stoffliche Gestaltung der sinnlich erfahrbaren Welt, durch welche der Mensch zum Erzeuger seiner selbst wird, galt noch vor siebzig Jahren für den überwiegenden Teil der Arbeiterklasse, der in nicht formalisierbaren Tätigkeiten beschäftigt war, bei denen persönliches Know-how, körperliche Kraft, Planen und Selbstorganisation der Aufgabeneinteilung eine entscheidende Rolle spielten. Heute arbeitet der überwiegende Teil der Erwerbstätigen in Verwaltungen, Banken, Kaufhäusern, Transport-, Post-, Pflege- und Unterrichtsdiensten, wo individuelle Leistung meistens nicht meßbar ist, und die Arbeit ihre Gegenständlichkeit eingebüßt hat.

---

1 Horst Kern/Michael Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1984.

2 Oskar Negt, Lebendige Arbeit, enteignete Zeit, Frankfurt/Main 1984.

Die heute an die Stelle der ehemaligen vielseitigen Facharbeiter tretenden „modernen Arbeitnehmerinnen“<sup>3</sup> sind nicht in der Lage - *ausgehend von ihrer unmittelbaren Arbeitserfahrung* - den Sinn und gesellschaftlichen Zweck der Produktion allein dadurch in Frage zu stellen, daß sie sich mit ihrer Arbeit identifizieren. Die „Verwandlung arbeitsprozeßlicher Macht“ in einen politischen Machtanspruch kann bei den „modernen Arbeitnehmerinnen“, wenn überhaupt, nicht länger über die Identifizierung mit ihrer Stellung im Produktionsprozeß verlaufen. Vielmehr erfordert sie eine von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen ausgehende *Distanzierung* von der erfahrbaren Arbeitsaufgabe. Die Fähigkeit zu dieser Distanzierung ist in der Sozialisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angelegt; nämlich dadurch, daß deren Sozialisierung nicht in erster Linie über die Berufsrolle verläuft und auch die berufliche Ausbildung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Fähigkeiten entwickelt, die innerhalb der Arbeit nie voll ausgelastet werden. Letztere mag wohl Eigenverantwortung und Selbständigkeit verlangen, doch fordert sie diese stets zur Erfüllung vorbestimmter Funktionen: Sie verlangt „Autonomie innerhalb der Heteronomie“.

## V.

Mit der Fähigkeit zur Infragestellung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse ist jedoch noch längst nicht die praktische Möglichkeit dieser Infragestellung gegeben. Sie kann von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern *als solchen* (man denke an Instandhaltungsspezialisten automatischer Anlagen, an in Chemiebetrieben oder in Atomkraftwerken Tätige) nicht am Arbeitsplatz und innerhalb der Arbeit ausgeübt werden, sondern einzig und allein von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern *als Bürger, Verbraucher, Benutzer, Bewohner*, die an überbetrieblichen gesellschaftlichen Verhältnissen teilhaben und sich einer viel weiteren Gemeinschaft als Ihrer Berufsgruppe oder ihrem Betrieb zugehörig fühlen.

Dieses Gefühl einer erweiterten Zugehörigkeit, Verantwortlichkeit und Solidarität (und damit verbunden die Distanzierung von der vorbestimmten Berufsrolle) zu beleben, müßte Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeit sein. Allerdings müßte sich dabei das Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung ändern. Ihre Aufgabe ist es nicht mehr *allein*, die Interessen der modernen Arbeitnehmer *als solche* zu vertreten und zu verteidigen, sondern ihnen *auch* - innerhalb von Arbeitskreisen, durch öffentliche Diskussionen und kritische Untersuchungen über die gesellschaftspolitischen und umweltlichen Folgewirkungen technischer Innovationen - Gelegenheiten zu bieten, ihre berufliche Tätigkeit im Zusammenhang mit den von der Logik der Kapitalverwertung geprägten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen zu sehen. „Was für die Arbeitnehmer eines Betriebes vorteilhaft sein kann, kann für andere mit Nachteilen oder verringerten Zukunftschancen verbunden sein. Hier müßte mindestens über solche Interessengegensätze (...) vor Ort eine

<sup>3</sup> Horst Kern, zit. nach Hans Leo Krämer/Claus Leggewie (Hrsg.), *Wege ins Reich der Freiheit*, Berlin 1989.

öffentliche Auseinandersetzung organisiert werden, wenn die Gewerkschaften interessant bleiben wollen, denn sonst werden neue Bewegungen, in die sich die Arbeitnehmer mit ihren jeweiligen Interessen einbringen können, für sie interessanter als die Gewerkschaften. Die bisherige gewerkschaftliche Immobilität bietet für die Arbeitnehmer häufig Anlaß, Bürgerinitiativen zu gründen, sie kapitulieren vor den gewerkschaftlichen Schwierigkeiten, einen solchen Dialog innergewerkschaftlich zu organisieren."<sup>4</sup>

Wichtig hieran ist, daß Kapitalismuskritik und sozialistisches Bewußtsein bei modernen Arbeitnehmern eben meistens nicht direkt an die Arbeitserfahrung anknüpfen oder sich aus ihr ergeben, daß also das „Subjekt“ eines sozialistischen Gesellschaftsentwurfs sich nicht mehr *im* kapitalistischen Produktionsverhältnis als Klassenbewußtsein beim Arbeitnehmer *als solchem* entwickelt, sondern eher beim Arbeitnehmer als Bürger, der, zum Beispiel im Wohnbereich, wie die meisten anderen seiner Mitmenschen, durch die Folgewirkungen kapitalistischer Entwicklung seiner sozialen und natürlichen Lebenswelt beraubt wird. Ganz in diesem Sinne schreibt Horst Kern, es gebe so etwas wie „die natürliche Widerspenstigkeit des Sachverstands gegen herrschaftliche Verengungen“ *nicht*. Vielmehr würden die kritischen Erwägungen bei den modernen Arbeitnehmern dadurch freigesetzt, daß sie „vorzugsweise nicht inner- sondern außerhalb ihrer eigentlichen Arbeitsrollen mit der Mangelhaftigkeit der kapitalistischen Version des modernen Lebens konfrontiert werden.“<sup>5</sup>

Die These von Alain Touraine<sup>6</sup> mag richtig erscheinen, derzufolge der zentrale Konflikt nicht mehr im Gegensatz zwischen lebendiger Arbeit und Kapital besteht, sondern im Gegensatz zwischen den großen wissenschaftlich-technisch-bürokratischen Apparaten (die ich in Anlehnung an Max Weber und Lewis Mumford als „bürokratisch-industrielle Megamaschine“ bezeichne) einerseits, und der Bevölkerung, die sich durch Expertenkultur, Fremdbestimmung ihrer Bedürfnisse, berufliche Alleswisser, Technisierung der Lebensumwelt ihrer Möglichkeit, das eigene Leben selbst zu gestalten, beraubt fühlt. Nichts sollte allerdings daran hindern, in der bürokratisch-industriellen Megamaschine und ihrer Führungsschicht auch den Ausdruck für die den Kapitalismus charakterisierende ökonomische Rationalität zu erkennen, die sich im industriellen Wachstum, in der Verwertung immer größerer Kapitalmassen, in der Vergeldlichung und Verberuflichung sozialer und zwischenmenschlicher Beziehungen niederschlägt.

## VI.

Die Unzulänglichkeit einer Analyse, die hauptsächlich auf den in den „neuen sozialen Bewegungen“ enthaltenen kulturellen Widerstand gegen die „Kolonialisierung der Lebenswelt“ setzt, liegt darin, daß diese Bewegungen

---

4 Hinrich Oetjen, *Krise der Gewerkschaften*, Ms., Hattingen 1989.

5 Kern, a. a. O.

6 Alain Touraine, *Le Retour de l'acteur*, Paris 1989.

die Vorherrschaft der im Kapital verkörperten ökonomischen Rationalität nicht bewußt und konkret angreifen. Diese Bewegungen sind wohl anti-technokratisch, das heißt, wie von Touraine aufgezeigt, gegen die kulturelle Vormacht der führenden Schicht der herrschenden Klasse gerichtet, doch treffen sie die Herrschaftsverhältnisse lediglich in ihren kulturellen Voraussetzungen und sozialen Folgewirkungen, nicht jedoch in ihrem ökonomisch-materiellen Kern.

Die neuen sozialen Bewegungen werden erst dann zu Trägern von sozialistischen Transformationen werden können, wenn sie im Bündnis nicht nur mit den „modernen Arbeitnehmern“ sondern auch mit dem heutigen Äquivalent des entrechteten, unterdrückten und verelendeten Proletariats auftreten: im Bündnis mit dem postindustriellen Proletariat der Arbeitslosen, mit prekär Beschäftigten oder Teilzeitbeschäftigten, die sich mit ihrer Erwerbsarbeit und ihrer Stellung im Produktionsprozeß weder identifizieren können noch wollen. (1980 nannte ich sie „Nichtklasse der Nichtarbeiter“, was zu unerwarteten Mißverständnissen führte). Schätzung, daß die prekär, nur gelegentlich, auf Abruf und zeitweise Beschäftigten in den neunziger Jahren 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachen dürften,<sup>7</sup> erweist sich mittlerweile als realistisch: In der BRD wie auch in Frankreich ist mehr als die Hälfte der in den letzten Jahren neu eingestellten Arbeitnehmer auf prekären oder Teilzeit-Arbeitsplätzen beschäftigt. Insgesamt machen die prekär oder Teilzeit-Beschäftigten bereits mehr als ein Drittel der Erwerbsbevölkerung aus. Zusammen mit den Arbeitslosen gibt es also 40 bis 45 Prozent „postindustrieller Proletarier“, in Großbritannien und den Vereinigten Staaten sogar 45 bis 50 Prozent. Die Zwei-Drittel-Gesellschaft ist bereits unterschritten.

Nun wäre es ein Irrtum, in den ca. 40 Prozent vom „normalen“, ganzzzeitigen Arbeitsverhältnis Ausgeschlossenen nur Menschen zu sehen, die sich alle nach einem vollzeitigen Arbeitsplatz sehnen. In ihrer jüngsten Untersuchung zum Thema „35-Stunden-Woche“ kommt die italienische Metallarbeitergewerkschaft FIOM-CGIL zu denselben Schlüssen wie bundesdeutsche oder französische Untersuchungen: „Das Dokument der FIOM anerkennt die Tatsache, daß wir uns in einem gesellschaftlichen Wandel befinden, demzufolge Arbeit nur einen bescheidenen Platz im Leben der Personen einnimmt. Besser: Arbeit verliert ihre Zentralität insofern sie entlohnte Erwerbsarbeit ist. Wahrscheinlich handelt es sich mehr um eine Minderung der Sozialisierungsfunktion der Arbeit als um eine Weigerung zu arbeiten. Gewünscht ist Arbeit nur, insofern sie den Charakter autonomer und kreativer Tätigkeit besitzt. Anderenfalls ist Arbeit allein im Zusammenhang mit dem durch sie vermittelten Einkommen gesehen, oder für Frauen als Weg, sich von der Familie unabhängig zu machen.“<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Wolfgang Lecher, Zum zukünftigen Verhältnis von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mitteilungen 3/1986.

<sup>8</sup> Bruno Vecchi in: H Manifeste v. 1. 7.1989.

Dieselbe Einsicht wurde 1988 von Rainer Zoll aus seinen eingehenden Untersuchungen gewonnen. Zoll beschreibt zusammenfassend, wie „das Aufbrechen der alten Identitätsstrukturen“ die Jugendlichen „in ihrer Suche nach einer eigenen Identität auf sich selbst zurückwirft“. Sie können nie die totale, starre Identität, die sich aus tradierten familiären und ständischen Berufsrollen ergibt, erlangen, sondern bestenfalls eine offene, in kommunikativem Verkehr legitimierte, niemals definitive Identität, die auf „Selbstverwirklichung“ beruht. Die beruflichen Wahlmöglichkeiten, die sich einem/r Jugendlichen bieten, sind größer denn je, „aber die Chancen, wirklich zu finden, was er sucht, das heißt eine Arbeit mit kreativen und sozial nützlichen Aspekten, in der er sich selbst verwirklichen kann, sind außerordentlich gering. Bertrand Schwartz hat die Zahl dieser Arbeitsplätze auf 5 Prozent geschätzt. Es ist verständlich, daß viele das Rennen um solche Arbeitsplätze aufgeben, bevor es begonnen hat. Die offensichtliche Folge dieser Situation ist es, daß die Individuen die Suche nach Selbstverwirklichung auf andere Terrains als die berufliche Arbeit verlagern.“<sup>9</sup>

Es darf also nicht verwundern, daß einer schon älteren italienischen Umfrage zufolge, „die Jugendlichen häufig der Teilzeitarbeit, prekären oder zeitlich beschränkten Arbeitsverträgen den Vorzug (geben), sowie der Möglichkeit, häufig zu wechseln oder abwechselnd verschiedene Arbeiten zu übernehmen“; und daß „selbst bei Universitätsstudenten mit beschränkten materiellen Mitteln“, „die am meisten angestrebte Berufstätigkeit diejenige ist, die für die eigenen kulturellen Tätigkeiten am meisten Zeit läßt“.<sup>10</sup>

## VII

Die Unmöglichkeit, für beinahe die Hälfte der Erwerbsbevölkerung stabile, ganzzzeitige, gesellschaftlich nützliche und ökonomisch rationale Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen, begegnet somit bei einem bedeutenden Teil der jüngeren Erwerbspersonen auch dem Wunsch, nicht ganzzzeitig und lebenslanglich in eine Karriere oder eine berufliche Beschäftigung eingebunden zu sein, die nur höchst selten alle persönlichen Fähigkeiten fordern und als Selbstverwirklichung gelten kann.

Was dieses postindustrielle Proletariat der Erwerbspersonen, die sich nicht mit ihrer Stellung im Produktionsprozeß identifizieren können, mit den „modernen Arbeitnehmern“ verbindet, ist die von beiden Schichten erfahrbare Hinfälligkeit des auf meßbare Arbeitsleistung gegründeten Lohnverhältnisses. Sowohl für die nicht ganzjährig und ganzzzeitig arbeitenden Prekären wie für die Kernbelegschaften „moderner Arbeitnehmer“ gilt, daß ihre effektive Arbeit nicht ständig gebraucht wird, sondern von ersteren nur für begrenzte, meist kurzfristig vorhersehbare Zeitabschnitte, von letzteren in meist ganz unvorhersehbaren Situationen, die mehrere Male am Tag oder

---

<sup>9</sup> Rainer Zoll, zit. nach Krämer/Leggewie (Hrsg.), Wege. <sup>10</sup> Sergio Benvenuto/Riccardo Scartezini, Verso la fenis del Giovanilismo, Inchiesta, Bari, Nov./Dez. 1981.

auch nur selten auftreten mögen. „Prozeßarbeiter“ oder Instandhaltungsspezialisten, Feuerwehrleute oder Pflegepersonal müssen ständig zur Verfügung stehen und im Notfall auch zwanzig Stunden lang ununterbrochen arbeiten. Sie werden für ihre Disponibilität, nicht nur für ihre Qualifizierung und schon gar nicht für ihre effektive Arbeitsleistung bezahlt: Sie *sind im Dienst*, auch wenn sie nicht *tätig* sind.<sup>11</sup> Für die prekär Beschäftigten hingegen wird nur jene Zeit bezahlt, in der sie effektive Arbeit leisten, obwohl es für Industrieland Dienstleistungsbetriebe überaus wichtig ist, auf Abruf über dispo­nible, willige und fähige zusätzliche Arbeitskräfte verfügen zu können.

Aus eben diesem Grunde ist auch die Forderung der prekär - meistens weniger als sechs Monate im Jahr-Beschäftigten ganz legitim, ebenfalls während der von ihnen nicht verschuldeten, der Wirtschaft förderlichen Unterbrechungen ihres Lohnarbeitsverhältnisses für ihre Disponibilität entlohnt zu werden. Es geht hier also um eine Entkoppelung von Einkommen und *Arbeitszeit*, und nicht von Einkommen und *Arbeit* selbst. Diese Forderung ist durchaus rational, da ja, infolge der durch technische Innovationen erzielten Produktivitätssteigerungen, der gesamtwirtschaftliche Produktionsprozeß immer weniger Arbeit erfordert. Unter diesen Umständen wird es widersinnig, die gesamtwirtschaftlich ausgeschüttete Lohnsumme weiter vom geleisteten Arbeitsvolumen und das individuelle Einkommen von der individuell geleisteten Arbeitszeit abhängig zu machen.

Allein aus ideologischen, herrschaftspolitischen Gründen wird daran festgehalten, Arbeitszeit weiter zur Grundlage der Verteilung gesellschaftlich produzierten Reichtums zu machen. Das Lohnverhältnis wird für das nicht mehr ganzzeitig oder ganzjährig beschäftigte postindustrielle Proletariat zum offensichtlichen Ausdruck eines Herrschaftsverhältnisses, welches seine Legitimität früher auf die heutzutage hinfällige ökonomische Rationalität des Leistungsethos gründete. Sich aus diesem Herrschaftsverhältnis zu befreien ist eine den „modernen Arbeitnehmern“ und dem postindustriellen Proletariat gemeinsame Zielsetzung, wobei dieses Ziel allerdings von beiden in höchst differenzierter Weise verfolgt wird. Für das postindustrielle Proletariat der Randarbeitnehmer geht es hauptsächlich darum, *die häufigen Unterbrechungen ihres Lohnarbeitsverhältnisses in neue Freiheitsräume umfunktionieren zu können*, also zu zeitweiliger Arbeitslosigkeit berechtigt, statt zu ihr verurteilt zu sein und zu diesem Zweck das Recht auf ein ausreichendes Grundeinkommen zu gewinnen, welches neue Lebensstile und Formen der Eigenarbeit und Selbstbetätigung erlaubt. Für die Kernbelegschaften „moderner Arbeitnehmerinnen“ sowie für die anderen Inhaber gesicherter, ganzzzeitiger Arbeitsplätze mögen Formen der Zeitsouveränität, der selbstgestalteten Flexibilität der Arbeitszeiten oder auch lineare Verkürzungen der wöchentlichen Regelarbeitszeit attraktiver erscheinen.

---

<sup>11</sup> Negt, a. a. O.

## VIII

Was wir hier wiederfinden, mag als eine neue Form der früheren Schichtung von Facharbeiterschaft einerseits, Proletariat andererseits erscheinen, wobei, wie in früheren Zeiten, das heutige Proletariat sich hauptsächlich auflehnt gegen die Willkür der Herrschaftsverhältnisse - welche sich in dem absurden Zwang ausdrückt, von in nicht genügendem Ausmaß vorhandener Lohnarbeit zu leben - während Autonomie inner- und außerhalb des beruflichen Lebens zum zentralen Anliegen der „modernen Arbeitnehmerinnen“ wird. Die Grenzen zwischen den beiden Schichten sind folglich viel labiler, als es auf erste Sicht scheinen möchte, und könnten auch sehr weitgehend abgebaut werden. Fortschreitende allgemeine Arbeitszeitverkürzungen müssen logischerweise zu einer Umverteilung der Arbeit führen, wobei *die qualifizierten Arbeitsplätze einer weit größeren Anzahl von Erwerbspersonen zugänglich würden und umgekehrt das Recht und die Möglichkeit auf Unterbrechungen des Lohnarbeitsverhältnisses für alle gelten könnte.*

Ein Bündnis beider Schichten erscheint somit durchaus möglich, und zwar auf der Ebene der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, vorausgesetzt, daß sie nicht zu einer Zwangsjacke wird, sondern die Autonomie innerhalb wie außerhalb der Arbeit vergrößert. Die Verkürzung der durchschnittlichen, zu ungekürztem Einkommen berechtigenden Jahresarbeitszeit (oder sogar der im Laufe von vier oder sechs Jahren geleisteten Arbeitsmenge) bietet diesbezüglich die größten Spielräume und Wahlmöglichkeiten. Die 30-Stunden-Woche, auf die die Gewerkschaften und Linksparteien der meisten europäischen Industrieländer abzielen, entspricht einer Jahresarbeitszeit von etwa 1380 Stunden. Mit dem Recht auf ein Sabbatjahr verbunden entspricht sie einem Durchschnitt von etwa 1150 Stunden im Jahr. In einer Gesellschaft, die alle Arbeitskräfte nicht mehr ganzzzeitig und ganzjährig braucht, liegt es auf der Hand, Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust auch in der Form des Rechts auf längere Unterbrechungen der Arbeit vorzusehen. Dieses Recht haben sich Gesellen und Facharbeiter der Industrie bis zu Beginn dieses Jahrhunderts stets genommen. Abwechslung, Wandern, Sammeln neuer Erfahrungen gehörten für sie zur menschlichen Würde.

Arbeitszeitverkürzung darf folglich „*nicht nur* als technokratisches Mittel zur gerechteren Verteilung von Arbeit“ angesehen werden, die es allen ermöglicht, ein unbestreitbares Recht auf ihren Anteil gesellschaftlichen Reichtums zu erwerben; „sondern als das gesellschaftsverändernde Ziel, den Menschen mehr disponible Zeit“ zu verschaffen<sup>12</sup>. Letztere kann beliebig, je nach Lebenslage, ebenso zur beruflichen Weiterbildung oder zum Berufswechsel genutzt werden wie zum Experimentieren mit anderen Lebensstilen oder einem zweiten außerberuflichen Leben. Auf alle Fälle grenzt sie den Bereich der ökonomischen Rationalität ein. Eine sozialistische Bedeutung hat sie insofern, wie sie mit einem Gesellschaftsentwurf verbunden ist, der ökonomische Ziele in den Dienst individueller und gesellschaftlicher Autonomie stellt.

---

12 Peter Glotz, „Die Malaise der Linken“, in: Der Spiegel, Nr. 51/1987.

In seinem neuesten Buch weist Jacques Delors darauf hin, daß vor vierzig Jahren ein 20jähriger Arbeitnehmer darauf vorbereitet sein mußte, ein Drittel seines wachen Lebens bei der Arbeit zu verbringen.<sup>13</sup> Heute beläuft sich seine Arbeitszeit auf nur ein Fünftel seiner wachen Zeit und sie wird weiter zusammenschmelzen. Ab dem 15. Lebensjahr verbringt man heute mehr Zeit vor dem Fernseher als bei der Arbeit. Wenn sie sich dem kulturellen, zwischenmenschlichen, gemeinschaftlichen Leben nicht *mindestens* ebenso intensiv zuwendet wie dem Arbeitsleben, wird sich eine sozialistische Bewegung gegenüber der kapitalverwertenden Freizeit und Kulturindustrie nicht durchsetzen. Eine Chance hat sie nur, wenn sie bewußt darauf besteht, wachsende Freiräume für die Entwicklung einer vielseitigen, kommunikativen, von warenförmigen (Ver)Kaufbeziehungen befreiten Alltagskultur und Alltagsolidarität zu schaffen.

## IX.

Die Ausdehnung der von ökonomischen Kalkülen und Sachzwängen befreiten Bereiche soll nicht bedeuten, daß eine sozialistische oder alternative Ökonomie an die Stelle der kapitalistischen tritt. Es gibt bis heute keine andere Betriebswirtschaftswissenschaft als die kapitalistische. Die Frage ist allein, inwiefern inner- und überbetrieblich die Kriterien ökonomischer Rationalität den Kriterien anderer Rationalitätstypen untergeordnet werden sollen. Sozialismus muß aufgefaßt werden als die Einbindung der (kapitalistischen) ökonomischen Rationalität - die auf größtmögliche, am erwirtschafteten „Surplus“ meßbare Effizienz angelegt ist - in demokratisch ausgearbeiteten Rahmenbedingungen, zur Erreichung demokratisch festgesetzter gesellschaftlicher Ziele, die sich natürlich auch in der innerbetrieblichen Begrenzung der ökonomischen Rationalität niederschlagen.

Es kann folglich nicht darum gehen, den (öffentlichen oder privaten) Betrieben Bedingungen zu diktieren, die die Berechnung ihrer realen Kosten und Leistungen unmöglich machen und infolgedessen eine ökonomisch rationale Betriebsführung verhindern. Wenn sie verallgemeinert sein soll und das muß sie aus Gründen der Gerechtigkeit - kann Arbeitszeitverkürzung weder auf rein betrieblicher Ebene erfolgen und von der jeweiligen betrieblichen Produktivitätssteigerung abhängen, noch darf der allen garantierte Einkommensausgleich bei allgemeiner Arbeitszeitverkürzung überbetrieblich mittels einer Besteuerung der betrieblichen Produktivitätssteigerungen (Maschinensteuer) finanziert werden. Die Finanzierung des Einkommensausgleichs muß überbetrieblich durch für die Betriebe kostenneutrale, in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gültigen indirekte Steuern garantiert sein. Aber das ist bereits ein anderes Kapitel.

---

13 Jacques Delors, La France par l'Europe, Paris 1988.